

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 16. bis 19. April 2018 in Straßburg

[12-04-2018 - 16:49]

Plenartagung

Plenardebatte mit Emmanuel Macron über die Zukunft Europas	3
Der Präsident der Französischen Republik Emmanuel Macron ist der vierte in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der am Dienstagmorgen mit den Abgeordneten und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über die Zukunft Europas debattiert.	
Facebook: Debatte über den Missbrauch personenbezogener Daten von EU-Bürgern	4
Nach dem Datenskandal um Facebook und Cambridge Analytica werden die Abgeordneten am Mittwoch über den Datenschutz und die Privatsphäre der EU-Bürger diskutieren.	
Abfallwirtschaft: Abstimmung über neue Recyclingziele	5
Ab 2025 sollen mindestens 55% (heute: 44%) der Siedlungsabfälle in der EU recycelt werden, wenn die Abgeordneten am Mittwoch das sogenannte Kreislaufwirtschaftspaket billigen.	
Klimaschutz: Verbindliche Ziele zur Verringerung des CO2-Ausstosses	7
Bis 2030 müssen die CO2-Emissionen von Verkehr, Landwirtschaft, Gebäuden und Abfällen um 30% gesenkt und die Entwaldung in der EU durch die Anpflanzung neuer Bäume ausgeglichen werden.	
Förderung der Energieeffizienz von Gebäuden in der EU: Endgültige Abstimmung	8
Das Plenum wird über neue Vorschriften abstimmen, um den Energieverbrauch von Gebäuden in der EU bis 2050 umfassend zu verringern.	
Mord an Ján Kuciak: Abgeordnete verlangen besseren Schutz für Journalisten .	9
Als Reaktion auf die Ermordung des investigativen Journalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová wollen die Abgeordneten am Donnerstag Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von Journalisten in der gesamten EU fordern.	
Biolandbau: Neue Vorschriften zur Unterstützung der Ökobranche	10
Am Donnerstag stehen neue Vorschriften für die Kennzeichnung von Bioprodukten zur Abstimmung. Damit soll die Produktion solcher Erzeugnisse in der EU gefördert werden. Die Debatte findet am Mittwoch statt.	
Kfz-Zulassungen: Neue EU-Regeln zur Vermeidung weiterer Emissionsbetrügereien	11
Das Parlament will neue Zulassungsregeln verabschieden, um zu gewährleisten, dass die Autos im Straßenverkehr sauber und sicher sind.	
Geldwäsche-Bekämpfung: Offenlegung der wahren Eigentümer von Unternehmen	12
Jeder Bürger kann in Zukunft Informationen über die tatsächlichen Eigentümer der in der EU tätigen Unternehmen abrufen. Der Vorschlag ist Teil der umfassenden fünften Aktualisierung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche, die am Mittwoch zur Debatte und am Donnerstag zur Abstimmung steht.	
Prüfung der Ernennung des Generalsekretärs der EU-Kommission	13
Die Lehren aus der umstrittenen Ernennung des Generalsekretärs der EU-Kommission Martin Selmayr und das weitere Vorgehen sind Thema einer Entschließung, die am Mittwoch zur Abstimmung steht.	
Europäische politische Parteien: Abstimmung über schärfere Vorschriften	14



Plenartagung

Am Dienstag stimmen die Abgeordneten über neue Regeln zur ordnungsgemäßen Verwendung öffentlicher Gelder bei der Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen ab.

Warnungen vor sinkenden Impfquoten in der EU 15

Am Mittwoch steht das schwindende Vertrauen der Öffentlichkeit in die Impfung, insbesondere für Kinder, im Zentrum einer Plenardebatte, sowie die damit zusammenhängende Herausforderung für das öffentliche Gesundheitswesen. Am Donnerstag stimmt das Parlament über eine Entschließung ab.

Weitere Tagesordnungspunkte 16

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Armin WISDORFF	BXL: (+32) 2 28 40924 STR: (+33) 3 881 73780 PORT: +32 498 98 13 45 EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu
Michaela FINDEIS	BXL: (+32) 2 28 31141 STR: (+33) 3 881 73603 PORT: (+32) 498 98 33 32 EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu
Judit HERCEGFALVI	STR: (+33) 3 881 64025 PORT: (+49) 151 172 57 196
Huberta HEINZEL	STR: (+33) 3 881 74646 PORT: (+43) 676 550 3126

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary>

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [EPRS-Plenar-Podcasts zu zentralen Themen](#)

Plenartagung

Plenardebatte mit Emmanuel Macron über die Zukunft Europas

Der Präsident der Französischen Republik Emmanuel Macron ist der vierte in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der am Dienstagmorgen mit den Abgeordneten und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über die Zukunft Europas debattiert.

[Emmanuel Macron](#) war von August 2014 bis August 2016 Minister für Wirtschaft, Industrie und Digitales. Als Gründer der Bewegung "En. Marche!", die am 6. April 2016 ins Leben gerufen wurde, gewann er die Präsidentschaftswahlen. Am 7. Mai 2017 wurde Emmanuel Macron zum achten Präsidenten der Fünften Französischen Republik gewählt.

Nach dem irischen Premierminister [Leo Varadkar](#) am 17. Januar, dem kroatischen Premierminister [Andrej Plenković](#) am 6. Februar und dem portugiesischen Premierminister [António Costa](#) am 14. März wird dies die vierte Aussprache in einer Reihe von Debatten zwischen den Staats- und Regierungschefs der EU und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments über die Zukunft der Europäischen Union sein.

Im Mai führt der belgische Premierminister Charles Michel auf der Plenarsitzung in Brüssel die Debattenreihe fort.

Debatte: Dienstag, den 17. April

#FutureofEurope @EmmanuelMacron

Weitere Informationen

- [Biographie Emmanuel Macrons](#)
- [Webseite des Élysée-Palasts](#)
- [Die Zukunft der Europäischen Union](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Facebook: Debatte über den Missbrauch personenbezogener Daten von EU-Bürgern

Nach dem Datenskandal um Facebook und Cambridge Analytica werden die Abgeordneten am Mittwoch über den Datenschutz und die Privatsphäre der EU-Bürger diskutieren.

Die Abgeordneten werden voraussichtlich die Bedeutung des Datenschutzes als Verteidigungslinie gegen Wahlmanipulationen hervorheben. Es wird auch erwartet, dass die Führungsriege von Facebook erneut aufgefordert wird, sich vor dem Europäischen Parlament zu erklären.

Der britischen IT-Firma Cambridge Analytica (CA) wird vorgeworfen, während der US-Präsidentschaftswahl 2016 die Facebook-Daten von Millionen von Nutzern ohne deren Erlaubnis erhalten zu haben. Insgesamt könnten die Facebook-Informationen von bis zu 87 Millionen Nutzern, davon 2,7 Millionen in der EU, missbräuchlich eingeholt worden sein.

Parlamentspräsident Antonio Tajani hatte den Gründer, Vorstandsvorsitzenden und Verwaltungsratschef von Facebook Mark Zuckerberg nach den Enthüllungen ins Parlament eingeladen. Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten des Parlaments hat das Unternehmen auch aufgefordert, die Situation zu klären und die Auswirkungen auf den Datenschutz der EU-Bürger darzulegen.

Debatte: Mittwoch, den 18. April

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte

#dataprotection

Weitere Informationen

- [Facebook: Das Parlament verfolgt mutmaßlichen Missbrauch persönlicher Daten](#)
- [Facebook-Datenskandal: Erklärung von Antonio TAJANI](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Abfallwirtschaft: Abstimmung über neue Recyclingziele

Ab 2025 sollen mindestens 55% (heute: 44%) der Siedlungsabfälle in der EU recycelt werden, wenn die Abgeordneten am Mittwoch das sogenannte Kreislaufwirtschaftspaket billigen.

Die Verbesserung der Abfallwirtschaft kann nicht nur Vorteile für die Umwelt, das Klima und die menschliche Gesundheit bringen. Die vier Rechtsakte des Pakets sind Teil einer Verlagerung der EU-Politik hin zu einer Kreislaufwirtschaft, d.h. einem System, bei dem der Wert von Produkten, Materialien und Ressourcen in der Wirtschaft so lange wie möglich erhalten bleibt.

Die neuen Regeln sehen vor, dass ab 2025 mindestens 55% der Siedlungsabfälle recycelt werden müssen, ab 2030 gilt das für 60% und ab 2035 für 65%. Recyclingziele für Verpackungen betragen 65% ab 2025 und 70% ab 2030 mit spezifischen Zielen für Papier und Pappe, Kunststoffe, Glas, Metall und Holz. Deutschland hat derzeit eine Recyclingquote von Siedlungsabfall von circa 66%.

Abfalldetonien

Nach den neuen Vorschriften darf die maximale Deponierungsquote für Siedlungsabfall ab 2035 nur noch 10 Prozent betragen. Im Jahr 2014 haben Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, die Niederlande und Schweden praktisch keinen Hausmüll auf Deponien abgelagert, während Zypern, Kroatien, Griechenland, Lettland und Malta noch mehr als drei Viertel ihrer Siedlungsabfälle auf diese Weise entsorgen.

Hintergrundinformationen: Was ist eine Kreislaufwirtschaft?

In der Praxis beinhaltet das Konzept der Kreislaufwirtschaft die Beschränkung von Abfall auf ein Minimum. Ist ein Produkt am Ende seiner Lebensdauer angelangt, verbleiben die darin enthaltenen Materialien möglichst im Wirtschaftskreislauf. So können sie immer wieder zur Herstellung von Produkten eingesetzt werden und weiter zur Wertschöpfung beitragen. Zu einer Kreislaufwirtschaft führende Maßnahmen umfassen die Weiterverwendung, Reparatur, Überholung und Wiederverwertung bestehender Materialien und der daraus hergestellten Produkte. Was früher als „Abfall“ galt, kann so zu einer wertvollen Ressource umgewandelt werden.

Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft wird den Druck auf die Umwelt verringern, die Sicherheit der Rohstoffversorgung erhöhen, die Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Wachstum steigern und Arbeitsplätze schaffen.

Debatte: Dienstag, den 17. April

Abstimmung: Mittwoch, den 18. April

Pressekonferenz: Mittwoch, den 18. April um 14:00 Uhr (noch zu bestätigen)

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

#circulareconomy

Weitere Informationen

- [EP-Hintergrundinformationen; "Circular economy package – Four legislative proposals on waste" \(auf Englisch\)](#)
- [Eurostat: Deponierung, Verbrennung, Recycling und Kompostierung von Siedlungsabfällen in der EU-28, 1995 bis 2016](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(2015/0276\(COD\)\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(2015/0272\(COD\)\)](#)

Plenartagung

- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(2015/0274\(COD\)\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(2015/0275\(COD\)\)](#)
- [Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(27.02.2018\)](#)
- [Berichterstatterin Simona Bonafè \(S&D, IT\)](#)

Plenartagung

Klimaschutz: Verbindliche Ziele zur Verringerung des CO₂-Ausstosses

Bis 2030 müssen die CO₂-Emissionen von Verkehr, Landwirtschaft, Gebäuden und Abfällen um 30% gesenkt und die Entwaldung in der EU durch die Anpflanzung neuer Bäume ausgeglichen werden.

Dies sind die Ziele zweier EU-Gesetzesentwürfe, über die am Dienstag endgültig abgestimmt werden soll.

Die EU-Ziele sollen in verbindliche nationale Ziele für Sektoren umgesetzt werden, die nicht unter das EU-Emissionshandelssystem fallen, d.h. Landwirtschaft, Verkehr, Bauwesen und Abfall, die zusammen etwa 60% der Treibhausgasemissionen der EU ausmachen.

Diese Kürzungen werden dazu beitragen, das EU-Klimaschutzziel, bis 2030 den CO₂-Ausstoß um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, zu erreichen.

Mit der Forstwirtschaft gegen den Klimawandel

Das Parlament wird auch über ein weiteres Gesetz abstimmen, das darauf abzielt, die Treibhausgasemissionen durch Landnutzung und Forstwirtschaft zu senken und die CO₂-Bindung durch Wälder zu erhöhen, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Das vorgeschlagene Gesetz legt Regeln fest, nach denen die EU-Länder sicherstellen müssen, dass die Entwaldung durch die Anpflanzung neuer Bäume ausgeglichen wird. Es schreibt zudem Massnahmen vor, um den Sektor dahingehend weiterzuentwickeln, dass die CO₂-Bindung durch Wälder, Ackerland und Grasland erhöht wird.

Die Abgeordneten verschärfen diese Bestimmungen durch einen Zusatz, nach dem die Mitgliedstaaten dafür sorgen müssen, dass ab 2030 mehr CO₂ absorbiert als ausgestoßen wird, in Übereinstimmung mit den langfristigen Zielen der EU und dem Pariser Abkommen.

Debatte: Montag, den 16. April

Abstimmung: Dienstag, den 17. April

Pressekonferenz: Dienstag, den 17. April um 15:00 Uhr (noch zu bestätigen)

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

#EUESR #LULUCF #ParisAgreement

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(24.01.2018\)](#)
- [Berichterstatter Gerben-Jan Gerbrandy \(ALDE, NL\)](#)
- [Berichterstatter Norbert Lins \(EVP, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Lastenteilung - Gerbrandy\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(LULUCF - Lins\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Effort sharing regulation, 2021-2030 – limiting member states' carbon emissions"](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Land use under the EU 2030 climate and energy framework" \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Förderung der Energieeffizienz von Gebäuden in der EU: Endgültige Abstimmung

Das Plenum wird über neue Vorschriften abstimmen, um den Energieverbrauch von Gebäuden in der EU bis 2050 umfassend zu verringern.

Zur Abstimmung steht die Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamteffizienz von Gebäuden. Danach müssten die Mitgliedstaaten langfristige Strategien entwickeln, um die Renovierung von Wohn- und Nichtwohngebäuden zu unterstützen und damit die CO₂-Emissionen des Gebäudebestands bis 2050 deutlich zu senken, mit Zwischenzielen für 2030 und 2040.

Förderung der Elektromobilität, Verringerung der Emissionen

Die neuen Maßnahmen würden auch folgendes erfordern:

- Einrichtung einer Infrastruktur für Elektromobilität, einschließlich Verkabelung zum Aufladen von Elektrofahrzeugen in neuen Nichtwohngebäuden;
- Ein Hinweis auf das Ziel, den CO₂-Ausstoß in der EU bis 2050 um 80% bis 95% zu senken und
- ein Indikator zur Bewertung der "Intelligenzfähigkeit" eines Gebäudes, der misst, wie flexibel sich Neubauten an die Bedürfnisse der Bewohner anpassen und deren Energieverbrauch reduzieren können.

Hintergrundinformationen

Die aktualisierte Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ist der erste von acht Legislativvorschlägen des im November 2016 vorgelegten Pakets „[Saubere Energie für alle Europäer](#)“. Das Parlament und die Verhandlungsführer des Rates haben am 19. Dezember 2017 eine vorläufige Einigung über die Richtlinie erzielt, die der Rat am 31. Januar 2018 im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) gebilligt hat.

Abstimmung: Dienstag, den 17 April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#energyunion #energyefficiency #EPBD

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(19.12.2017\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen \(auf Englisch\)](#)
- [Entschließungsentwurf](#)
- [Berichtersteller Bendt Bendtsen \(EVP, DK\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Mord an Ján Kuciak: Abgeordnete verlangen besseren Schutz für Journalisten

Als Reaktion auf die Ermordung des investigativen Journalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová wollen die Abgeordneten am Donnerstag Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von Journalisten in der gesamten EU fordern.

In einer Plenardebatte am 14. März **forderten** die Abgeordneten eine unabhängige, internationale und umfassende Untersuchung des Doppelmordes, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Sie bestanden auf besseren Vorschriften auf nationaler wie auch auf EU-Ebene, um die Sicherheit von Journalisten, Bloggern und Informanten („Whistleblower“) zu gewährleisten.

Die Entschließung wird sich auch auf die **Ergebnisse** einer sechsköpfigen Ad-hoc-Delegation von Abgeordneten stützen, die vom 8. bis 9. März die Slowakei **besuchte**, um die Lage vor Ort zu untersuchen.

Das Parlament gedachte Kuciak und Kušnírová auf der Plenartagung am 28. Februar mit einer **Schweigeminute**. Präsident Antonio Tajani **verurteilte** die Morde aufs Schärfste, betonte, dass die Pressefreiheit gewährleistet sein müsse, und forderte die slowakischen Behörden auf, die Wahrheit aufzudecken.

Debatte: Mittwoch, den 14. März

Abstimmung: Donnerstag, den 19. April

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Aussprache (14/03) und Entschließung (19/04)

#JanKuciak #AllForJan

Weitere Informationen

- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende: Pressefreiheit](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende: EU-Slowakei](#)

Plenartagung

Biolandbau: Neue Vorschriften zur Unterstützung der Ökobranchie

Am Donnerstag stehen neue Vorschriften für die Kennzeichnung von Bioprodukten zur Abstimmung. Damit soll die Produktion solcher Erzeugnisse in der EU gefördert werden. Die Debatte findet am Mittwoch statt.

Die Neufassung der EU-Verordnung über den Biolandbau, auf die sich die Verhandlungsführer des Parlaments und der EU-Regierungen im Juni 2017 geeinigt hatten, soll die Kontrollen entlang der Lieferkette verbessern und sicherstellen, dass alle importierten Bioprodukte den strengen EU-Normen entsprechen. Außerdem soll sie Kleinerzeugern eine Gruppenzertifizierung ermöglichen, die ihnen Zeit und Geld beim Umsatteln auf ökologischen Landbau spart, und das Angebot an Saatgut und Tieren aus ökologischer Produktion erhöhen.

Um eine Verunreinigung von Bioprodukten mit chemischen Pestiziden oder synthetischen Düngemitteln zu vermeiden, müssen die Landwirte ausreichende Vorsorge treffen oder riskieren, dass ihre Produkte das Bio-Etikett verlieren. Wie in der Vergangenheit können die Mitgliedstaaten für ihre Erzeuger Grenzwerte für die Belastung von Bioprodukten mit Pestiziden einführen.

Gemischte landwirtschaftliche Betriebe, d.h. solche, die sowohl konventionelle als auch biologische Lebensmittel erzeugen, dürfen weiterhin auf diese Weise arbeiten, vorausgesetzt, dass der konventionelle Landbau klar und deutlich vom ökologischen Landbau getrennt und unterschieden wird.

Weitere Einzelheiten zu den neuen Vorschriften befinden sich in [dieser Pressemitteilung](#) und in den entsprechenden [Hintergrundinformationen](#) (auf Englisch). Sollten sie sowohl von den Abgeordneten und den EU-Ministern gebilligt werden, gelten sie ab Januar 2021.

Debatte: Mittwoch, den 18. April

Abstimmung: Donnerstag, den 19. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#Organicfood

Weitere Informationen

- [Text der vorläufigen Vereinbarung \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(22.11.2017\)](#)
- [Berichterstatter: Martin Häusling \(Grüne/EFA, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Bio-Lebensmittel und Ökolandbau: Zahlen und Fakten \(Infografik\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Organic farming legislation" \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Kfz-Zulassungen: Neue EU-Regeln zur Vermeidung weiterer Emissionsbetrügereien

Das Parlament will neue Zulassungsregeln verabschieden, um zu gewährleisten, dass die Autos im Straßenverkehr sauber und sicher sind.

Parlament und Rat hatten sich im Dezember vorläufig auf eine Überarbeitung der Vorschriften für die Typgenehmigung und Abgaskontrollen geeinigt, um die Schwachstellen zu beheben, die den Emissionsskandal ausgelöst haben. Die neuen Regeln stehen am Donnerstag im Plenum zur Abstimmung.

Die Verordnung soll die europäische Aufsicht über das Kfz-Zulassungssystem stärken, um sicherzustellen, dass die aktualisierten Vorschriften in der gesamten EU einheitlich und wirksam angewandt werden. Durch die Klärung der Zuständigkeiten der nationalen Typgenehmigungsbehörden, Prüfstellen und Marktaufsichtsbehörden soll deren Unabhängigkeit gestärkt und Interessenkonflikten vorgebeugt werden.

Jedes EU-Land wird verpflichtet sein, pro Jahr eine Mindestzahl von Fahrzeugkontrollen durchzuführen. Die Kommission wird ebenfalls Tests und Inspektionen von Fahrzeugen durchführen dürfen, um die Einhaltung der Vorschriften zu überprüfen. Sie kann bei Verstößen Geldbußen gegen Fahrzeughersteller von bis zu 30.000 Euro pro Fahrzeug verhängen.

Hintergrundinformationen

Die „Typgenehmigung“ ist das Verfahren, bei dem die nationalen Behörden bescheinigen, dass ein Fahrzeugmodell alle Sicherheits-, Umwelt- und Produktionsanforderungen der EU erfüllt, bevor es in Verkehr gebracht werden kann.

Debatte: Mittwoch, den 18. April

Abstimmung: Donnerstag, den 19. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#CleanerCars

Weitere Informationen

- [Text der vorläufigen Vereinbarung \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung nach der Einigung zwischen Parlament und Rat \(7.12.2017, auf Englisch\)](#)
- [Berichterstatter Daniel Dalton \(EKR, UK\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Motor vehicles: new approval and market surveillance rules" \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Geldwäsche-Bekämpfung: Offenlegung der wahren Eigentümer von Unternehmen

Jeder Bürger kann in Zukunft Informationen über die tatsächlichen Eigentümer der in der EU tätigen Unternehmen abrufen. Der Vorschlag ist Teil der umfassenden fünften Aktualisierung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche, die am Mittwoch zur Debatte und am Donnerstag zur Abstimmung steht.

Wenn das Parlament dem Vorschlag zustimmt, wird die Öffentlichkeit erstmals Zugang zu Daten über die wirtschaftlichen Eigentümer von Unternehmen erhalten – ein Schritt, der darauf abzielt, die undurchsichtigen finanziellen Regelungen beziehungsweise die wahren Hintermänner hinter Briefkastenfirmen auszumachen.

Weitere Maßnahmen sind eine stärkere Regulierung virtueller Währungen wie Bitcoins und der Schutz von Informanten („Whistleblower“), die Geldwäscheaktivitäten melden.

Debatte: Mittwoch, den 18. April

Abstimmung: Donnerstag, den 19. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

#AML

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(29.01.2018\)](#)
- [Berichterstatterin Judith Sargentini \(Grüne, NL\)](#)
- [Berichterstatter Krišjānis Kariņš \(EVP, LV\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Prüfung der Ernennung des Generalsekretärs der EU-Kommission

Die Lehren aus der umstrittenen Ernennung des Generalsekretärs der EU-Kommission Martin Selmayr und das weitere Vorgehen sind Thema einer Entschließung, die am Mittwoch zur Abstimmung steht.

Die Entschließung baut auf einer [Reihe von Fragen](#) von Abgeordneten (und den entsprechenden Antworten der Kommission) sowie einer Anhörung mit Günther Oettinger auf, EU-Kommissar mit Zuständigkeit für Haushalt und Personal.

Mit der Entschließung wird die auf der März-Plenartagung abgehaltene [Aussprache](#) zu diesem Thema abgeschlossen. In der Debatte (und bei der Anhörung von Oettinger im Ausschuss) sagten mehrere Abgeordnete, dass es dem Verfahren zur Ernennung Selmayrs zum Generalsekretär der Kommission ab dem 1. März an Integrität und Transparenz gefehlt habe.

Im Anschluss an die Plenardebatte ersuchte die [Konferenz der Präsidenten](#) des Parlaments (Präsident und Fraktionsvorsitzende) den Haushaltskontrollausschuss, eine Entschließung auszuarbeiten und vorzulegen. Der Ausschuss wird am Montag, dem 16. April, über die Entschließung abstimmen, bevor sie zur Schlussabstimmung an das Plenum weitergeleitet wird.

Debatte: Montag, den 12. März

Abstimmung: Mittwoch, den 18. April

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

- [Berichterstatterin Ingeborg Gräßle \(EVP, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Themendossier des Ausschusses für Haushaltskontrolle: Entschließungsentwurf, die eingereichten Änderungsanträge und anderes einschlägiges Material](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Europäische politische Parteien: Abstimmung über schärfere Vorschriften

Am Dienstag stimmen die Abgeordneten über neue Regeln zur ordnungsgemäßen Verwendung öffentlicher Gelder bei der Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen ab.

Die vorgeschlagene Verordnung würde es Einzelpersonen verbieten, europäische Parteien zu gründen. Dies wäre nur nationalen Parteien erlaubt. Damit soll verhindert werden, dass einzelne Mitglieder einer nationalen Partei mehr als eine europäische Partei bilden, um den Zugang zu öffentlichen Mitteln zu erweitern.

Außerdem soll das Europäische Parlament in die Lage versetzt werden, zu Unrecht gezahlte Beträge besser wieder einzuziehen zu können. Personen, die sich des Betrugs schuldig gemacht haben, wären zur Rückzahlung von zu Unrecht ausgegebenen Geldern verpflichtet.

Abstimmung: Dienstag, den 17. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Vereinbarung zwischen Parlament und Rat \(27.02.2018, auf Englisch\)](#)
- [Berichtersteller Rainer Wieland \(EVP, DE\)](#)
- [Berichterstellerin Mercedes Bresso \(S&D, IT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Warnungen vor sinkenden Impfquoten in der EU

Am Mittwoch steht das schwindende Vertrauen der Öffentlichkeit in die Impfung, insbesondere für Kinder, im Zentrum einer Plenardebatte, sowie die damit zusammenhängende Herausforderung für das öffentliche Gesundheitswesen. Am Donnerstag stimmt das Parlament über eine Entschließung ab.

Der Textentwurf des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit stellt fest, dass aus den epidemiologischen Daten zum aktuellen Impfstand in den Mitgliedstaaten hervorgeht, dass bei der Annahme von Impfstoffen große Lücken bestehen und die Durchimpfquoten, die für einen angemessenen Schutz vor durch Impfung vermeidbaren Krankheiten erforderlich sind, unzureichend sind.

Die Abgeordneten betonen, dass durch mehr Transparenz bei der Bewertung von Impfstoffen und ihren Zusatzstoffen und die Finanzierung unabhängiger Forschungsprogramme zu den möglichen Nebenwirkungen zur Wiederherstellung des Vertrauens in Impfstoffe beigetragen werden könnte.

Hintergrundinformationen

Durch Impfungen werden jährlich schätzungsweise 2,5 Millionen Todesfälle weltweit verhindert und die Kosten für krankheitsspezifische Behandlungen, u. a. für Behandlungen mit Antimikrobiotika, gesenkt. Im Zeitraum 2008–2015 gab es in Europa 215 000 Fälle von Krankheiten, mit Ausnahme von Grippe, die durch eine Impfung verhindert werden können.

Die Europäische Kommission wird im zweiten Quartal 2018 eine Initiative für eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten vorlegen.

Debatte: Mittwoch, den 18. April

Abstimmung: Donnerstag, den 19. April

Verfahren: Mündliche Anfrage an die Rat und Kommission, mit Entschließung

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(20.03.2018\)](#)
- [Video: Auszüge aus der Abstimmung und Erklärung der Berichterstatter](#)

Plenartagung

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 22./23. März 2018 - Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission, *Debatte Mittwoch*
- Gleichstellung der Geschlechter in der Medienbranche in der EU - Bericht: Michaela Šojdrová, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Anwendung der Finanzierungsinstrumente der EU im Bereich der Außenbeziehungen: Halbzeitbewertung 2017 und künftige Struktur in der Zeit nach 2020 - Bericht: Marietje Schaake, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Friedensaussichten für die koreanische Halbinsel angesichts der aktuellen Entwicklungen - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag*
- Entlastung 2016: Gesamthaushaltsplan der EU u.a., *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Sitzungskalender des Parlaments und Europawahl 2019, *Abstimmung Mittwoch*
- Eine europäische Strategie zur Förderung von Eiweißpflanzen - Bericht: Jean-Paul Denanot, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der EU - Bericht: Marc Joulaud, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Rahmenabkommen EU-Australien - Empfehlung: Francisco José Millán Mon, *Abstimmung Dienstag*
- Fortschritte bei dem globalen Pakt der Vereinten Nationen für eine sichere, geordnete und reguläre Migration und dem globalen Pakt für Flüchtlinge - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Umsetzung der Richtlinie über die Europäische Schutzanordnung - Bericht: Soraya Post, Teresa Jiménez-Becerril Barrio, *Debatte und Abstimmung Donnerstag*
- Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus - Empfehlung: Helga Stevens, *Abstimmung Mittwoch*
- Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags - Bericht: Paulo Rangel, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*